



VOLKSBLATT

Mit amtlichen Publikationen • 124. Jahrgang, Nr. 223

VERBUND|SÜDOSTSCHWEIZ

MONTAG

Eschen: Ja zu Schuihaus-Kredit

ESCHEN: Mit 673 Ja zu 473 Nein hat die Eschner Bevölkerung den Verpflichtungskredit von 30 Millionen Franken für den Um- und Ausbau der Primarschule Eschen bewilligt. Seite 2

Positive Bilanz der Berufsschau



«Über Erwartungen gut»: So lautet die Bilanz von GWK-Präsident Arnold Matt zu der am Samstag in Vaduz zu Ende gegangenen «Berufsschau der gewerblichen Wirtschaft». Aufgrund des sehr positiven Echos dürfte es 2004 eine Neuauflage geben. Seite 4

Klare Sache für FC Vaduz



FUSSBALL: In einer einseitigen Partie waren die Vaduzer gegen Wohlen die klar bessere Mannschaft und gewannen verdient mit 3:0. Doch sie hätten sich diesen sonnigen Sonntagnachmittag noch gemütlicher einrichten können, wenn sie ihre Chancen in den ersten zwanzig Minuten genutzt hätten. Die erste Pflichtaufgabe ist erfüllt, die zweite folgt am Sonntag gegen Baden. Seite 11

Israel lockert Belagerungsring



RAMALLAH: Zehn Tage nach Beginn der Belagerung hat sich die israelische Armee von Jassir Arafats Hauptquartier zurückgezogen. In einer ersten Stellungnahme sprach der palästinensische Präsident von einer Farce. Seite 17

Klares Nein zur Raumplanung

Drei Viertel der Stimmbürger haben dem Raumplanungsgesetz eine klare Absage erteilt

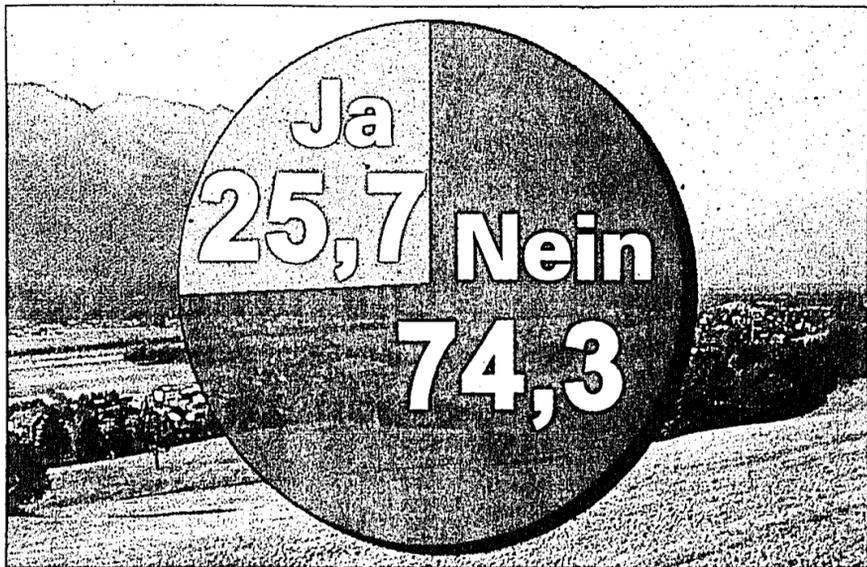
Mit über 74 Prozent Nein-Stimmen haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Vorlage zum Raumplanungsgesetz am Wochenende in Bausch und Bogen verworfen. Am deutlichsten abgelehnt wurde die Vorlage in Triesenberg, dem Raumplanungsgesetz am positivsten gestimmt waren die Plankner.

Doris Meier

Am meisten Zustimmung, mit 33 Prozent Ja-Stimmen oder mehr, fand das Gesetz in Vaduz, Schaan und Planken. Dagegen warfen in Triesenberg nur gerade ernüchternde 12,8 Prozent der Stimmberechtigten ein Ja in die Urne. Auch in Gamprin fand die Vorlage nur gerade 17,2 Prozent Befürworter. In den restlichen Gemeinden schwankte der Ja-Stimmenanteil zwischen 22 und 28 Prozent.

Grosse Enttäuschung

Diese deutliche Ablehnung sorgte in den Reihen von Landtag und Regierung für zahlreiche enttäuschte Gesichter. Regierungschef Otmar Hasler erklärte sich den Grund für den hohen Nein-Stimmenanteil



Das Volk hat gesprochen: Nur gerade ein Viertel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger legten am Wochenende ein Ja in die Urne. (Bild: Paul Trummer)

damit, dass in den letzten Wochen mit verschiedenen Argumenten eine gewisse Angst geschürt worden sei. «Ohne jetzt Kritik anbringen zu wollen, habe ich den Eindruck, dass in der letzten Woche doch die Angst überwogen hat. Es sind immer wieder Worte wie Enteignung oder sogar Mietpreis- oder Bodenpreiserhöhungen gefallen, so Otmar Hasler. Diese Argumente entsprächen aber jeglicher Grundlage.

Seit über 40 Jahren ...

Seit den 60er-Jahren sind in Liechtenstein die Bemühungen im Gange, die räumliche Entwicklung auf Landesebene in den Griff zu bekommen. Ende der 60er-Jahre wurde mit der ortsrationalen Landesplanung eine Planungsgrundlage gelegt. Diese Landesplanung, die von der ETH ausgearbeitet worden war, wird heute noch in Kombination mit dem Baugesetz aus dem Jahre 1947 für die Landes-

planung angewendet. Im Jahr 1991 hatte die Regierung in Form einer Motion einen verbindlichen Auftrag vom Parlament erhalten, ein Raumplanungsgesetz vorzulegen. Mehrere Regierungen und Landtagskommissionen waren seither bemüht, eine Vorlage zu finden, die die Zustimmung des Volkes findet. Die Gemeinden waren in zahlreichen Vernehmlassungsphasen in diesen Prozess eingebunden. Seite 3

Schweiz prüft weiteres Entgegenkommen

Reizthema Zinssteuer – Kein Nachgeben auf Drohungen

ZÜRICH: Die Schweiz prüft bei den Zinssteuerverhandlungen mit der EU ein weiteres Entgegenkommen in Detailpunkten, will aber nicht von der Unterscheidung zwischen Steuerbetrag und Steuerhinterziehung abweichen. Dies machte Staatssekretär Franz von Däniken in einem Interview der «NZZ am Sonntag» deutlich.

Der Koordinator des Pakets der zweiten bilateralen Verhandlungen mit der EU erklärt sich die Drohungen der EU im Zinsbesteuerungsdossier mit dem Zeitdruck, den sich die EU selber gesetzt hat. «Insofern bewirken diese Drohungen gar nichts», sagte der Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Er bekräftigte zugleich, dass die Schweiz in der Rechtshilfe im Falle von Steuerdelikten nicht vom Grundsatz der doppelten Strafbarkeit abweichen und an der Unterscheidung

zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung festhalten werde. Dies bedeutet, dass die Schweiz in Fällen von blosser Steuerhinterziehung das Bankgeheimnis nicht aufheben und auch nicht auf einen Informationsaustausch auf Anfrage eingetretten will.

Sachliche Diskussion

Kontradiktorische Sendung zu Verfassung



Im Rahmen einer Rampenlicht-Sendung von Radio L wurden gestern die Verfassungsänderungsvorschläge während zwei Stunden kontrovers aber recht sachlich diskutiert. Bericht auf Seite 5. (Bild: Paul Trummer)

Barrichello vor Schumi

Ferrari-Triumph in Indianapolis



Ferrari-Doppelerfolg beim GP der USA in Indianapolis mit schalem Beigeschmack: Ferrari dominierte nach Belieben. Michael Schumacher entschied sich wenige Meter vor der Ziellinie, den Sieg seinem Teamkollegen Rubens Barrichello zu überlassen. Seite 14

KOMMENTAR

«Raumplanung. Die Chance Liechtensteins», hiess es in den Informationsmaterialien. Wie sich nun gezeigt hat, hat diese Chance beim Souverän Volk keine Chance gehabt. Angesichts des klaren Verdicts des Stimmvolkes ist es schon fast müssig, über die Gründe der Ablehnung zu spekulieren.

Gezogen hat das Hauptargument der Gegner, dass man keine «weitere Überreglementierung» will. Raumplanung tangiert Grund und Boden. Und hier wollen sich die Liechtensteiner offen-

Keine Chance für die Chance

sichtlich nicht durch ein zusätzliches Gesetz einengen lassen. Da blieb selbst das Argument vom Gemeinwohl und vom Spielraum für die künftigen Generationen auf der Strecke. Die Angst vor allfälligen Beeinträchtigungen individueller Begehrlichkeiten war deutlich grösser als der Gedanke an übergeordnete Interessen.

Am Einbezug sowie der Information von Bevölkerung und Gemeinden kann es nicht gelegen haben. Selten zuvor wurde über eine Gesetzesvorlage derart intensiv informiert. Erinnert sei nur an die Veranstaltungen in allen Gemeinden.

Natürlich ist das klare Resultat eine herbe Enttäuschung für die Regierung und für den Landtag. Die Regierung hat sich jedoch der Verantwortung für die Zukunft des Landes gestellt. Sie hat dieses Thema von den Vorgängerregierungen übernommen und schliesslich zumindest im Landtag mehrheitsfähig gemacht.

Das gestrige Resultat ist so deutlich ausgefallen, dass eine weitere Aufweichung der Vorlage schlicht vergebliche Liebesmüh wäre, zumal schon jetzt teils von einer zahnlosen Vorlage gesprochen wurde.

Alle drei Parteien haben sich in ihren Programmen zur Raumplanung bekannt. FBP, VU und FL müssen nun zur Kenntnis nehmen, dass Raumplanung vom Grossteil des Volkes als überflüssig erachtet wird. Und das ist der grosse Wermutstropfen. Martin Frommelt

ANZEIGE

Ja
zu einer Volksabstimmung über die Verfassung!
Das Geschäftsührende Präsidium der FBP